



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD-Ortsverein Stadt Preußisch Oldendorf

Marvin Schrodke, In der Siedlung 6, 32361 Preußisch Oldendorf

An die Mitglieder der SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Preußisch Oldendorf

Marvin Schrodke
Vorsitzender
SPD-Ortsverein
Stadt Preußisch Oldendorf
Fon:
Mobil: 0171 4529292
Mail: mschrodke@outlook.de

05. Juni 2019

Resolution Ausrufung des Klimanotstandes

Liebe Fraktionsmitglieder,

der SPD-Ortsverein Stadt Preußisch Oldendorf bittet um Beratung und Einbringung des nachfolgenden Antrages in den Rat der Stadt Preußisch Oldendorf, zur Beschlussfassung des folgenden Beschlussvorschlages:

Die Stadt Preußisch Oldendorf unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand»)¹. Der Rat der Stadt beschließt für das Gebiet der Stadt Preußisch Oldendorf den Klimanotstand. Die Verwaltung soll bei jeglichem Handeln die Umweltgesichtspunkte der Entscheidung berücksichtigen und versucht die Empfehlungen der Resolution umzusetzen.

Begründung:

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde. Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Metropolen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel den Klimanotstand ausgerufen. Mittlerweile haben auch Kommunen im Umland, u.a. Herford und Bad Oeynhausen, die Resolution unterstützt und damit ein Signal gesetzt.

¹ Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem. Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

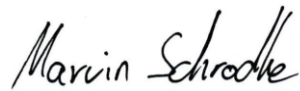
Die Stadt Preußisch Oldendorf erklärt den Climate Emergency und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Kommune wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Kommune orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Kommune fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Kommune fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

- Sowohl die Verwaltung als auch der Rat der Stadt Preußisch Oldendorf, achten auf ein Klimaneutrales arbeiten. Außerdem wird versucht so viel Papier einzusparen wie es nur möglich ist, zudem wird Recyclingpapier eingeführt.
- Bei Bauplanungen setzt die Verwaltung auf ein klimaneutrales Energiekonzept und darauf die Auswirkungen für die Umwelt so gering wie möglich zu halten.
- Darüber hinaus wird man bei Anschaffung von neuen stadteigenen Fahrzeugen auf die Co2-Bilanz achten und vorrangig Elektrofahrzeuge anschaffen.

Der SPD-Ortsverein Stadt Preußisch Oldendorf vertritt die Auffassung, dass zum verantwortungsvollen und generationengerechten Handeln mehr als nur finanzpolitische Ziele zu verfolgen sind. Unsere (Um)Welt verdient MEHR Beachtung.

Mit solidarischen Grüßen



Marvin Schrodke